

Fach POLITIK	<u>Zugangsprüfung für</u> <u>beruflich Qualifizierte</u>	
-----------------	---	--

Thema: Europa im Wahljahr 2014

Aufgabe 1:

Stellen Sie den Weg der Europäischen Einigung von 1957 bis 2014 im Überblick dar, indem Sie vier wichtige Verträge mit ihren Inhalten nennen!

8 Punkte

Aufgabe 2:

a) Fassen Sie den folgenden Text aus dem Wahljahr 2009 in seinen wichtigsten Punkten zusammen, und erläutern Sie zentrale Aussagen! **7 Punkte**

Politiker alarmiert über Wahlbeteiligung in Europa im Wahljahr 2009

Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung bei der Europawahl wurden am Montag Forderungen nach Reformen laut. Trotz zahlreicher Appelle und einer 18 Millionen Euro teuren Kampagne der EU gingen am Sonntag nur 43,1 Prozent der 375 Millionen Stimmberechtigten zu den Urnen – ein neuer Negativrekord. In Deutschland waren es 43,3 Prozent.

5 Europäische Politiker wie der deutsche Kommissar Günter Verheugen (SPD) forderten daher am Montag, die einflussreiche EU-Kommission direkt vom Europaparlament wählen zu lassen und die Wahl so zu personalisieren. Ähnlich äußerte sich der Fraktionschef der Liberalen im Europaparlament, Graham Watson. Wenn die Kommissare aus den Reihen der

10 Abgeordneten gewählt würden, „könnten die Menschen sehen, dass ihre Stimmen einen direkten Einfluss auf die Bildung der neuen EU-Kommission haben“. [...] Industriekommissar Verheugen sagte in der ARD: „Es mangelt der Wahl an jeglicher Dramatik und Leidenschaft.“ Die Parteien müssten mit einem europaweiten Spitzenkandidaten antreten, der dann Kandidat der jeweiligen Partei für das Amt des

15 Kommissionspräsidenten sei. Zudem wüssten die Leute nicht genau, „was aus ihrer Stimme eigentlich wird“, sagte Verheugen. Auch der Vorsitzende des Verfassungsausschusses im Parlament, Jo Leinen (SPD), forderte: „Die Europäischen Parteien müssen vor dem Wahlkampf Spitzenkandidaten für das Amt des Europäischen ‚Regierungschefs‘, also des Kommissionspräsidenten, aufstellen.“

20 Eine Wahl der Kommission durch die EU-Abgeordneten würde bedeuten, dass die Regierungen auf Macht verzichten.

(Lemkemeyer, Sven: Politiker alarmiert über Wahlbeteiligung in Europa. In: Der Tagesspiegel, 9. 6. 2009, S.1)

b) Erörtern Sie, ausgehend vom vorliegenden Zeitungsbericht, kritisch fünf Möglichkeiten oder Grenzen der Gestaltung von Europapolitik durch das Europäische Parlament!

25

5 Punkte

Insgesamt: 20 Punkte

Fach POLITIK	<u>Zugangsprüfung für beruflich Qualifizierte</u>	
-----------------	---	--

E R W A R T U N G S H O R I Z O N T

**Maximalhorizont für Korrekturmöglichkeiten der Klausur und für Zweitgutachter
Spiegelstriche entsprechen nicht der Punkteverteilung**

Aufgabe 1:

8 Punkte

Stellen Sie den Weg der Europäischen Einigung von 1957 bis 2014 im Überblick dar, indem Sie vier wichtige Verträge mit ihren Inhalten nennen!

Es werden nur vier der folgenden Verträge mit einem Teil des Inhalts erwartet:

- **1957 Römische Verträge:** 6 Staaten (Benelux-Länder, Frankreich, Deutschland, Italien) gründen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) [mit dem Ziel eines gemeinsamen Marktes mit freiem Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr] und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) in Rom; Vereinbarung über gemeinsame Außenhandelspolitik und Agrarpolitik
- 1965 Zusammenfassung aller drei Organisationen in gemeinsamem Rat und gemeinsamer Kommission in der Europäischen Gemeinschaft (EG) (1967 in Kraft)
- 1970 Einführung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) für Außenpolitik
- 1973 EG-Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks
- 1979 Erste Direktwahl des Europäischen Parlaments
Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS)
- 1981 EG-Beitritt Griechenlands
- **1986 Einheitliche Europäische Akte** (1987 in Kraft) für 12 Vertragsstaaten:
Reform der EG-Verträge mit dem Ziel: **4 Freiheiten eines Binnenmarktes bis 1993, Schengener Abkommen (1985)** Grenzabbau; Mehrheitsbeschlüsse im Ministerrat, Aufwertung des Parlaments
EG-Beitritt Spaniens und Portugals
- **1993 Vertrag über die Europäische Union von Maastricht** tritt in Kraft:
gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), engere Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, Gemeinschaftspolitik (EG, Euratom);
Rechte des EP weiter ausgebaut, z.B. Einfluss auf EU-Kommission;
„Kopenhagener Kriterien“ (Demokratie, Marktwirtschaft, 31 Punkte des Acquis Communautaire, Ziele der politischen Union, Wirtschafts- und Währungsunion) für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten
- 1995 EU-Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens
- 1997 Vertrag von Amsterdam (1999 in Kraft) für 15 Vertragsstaaten:
Reformen der EU mit Grundlagen für die Erweiterung der EU um weitere mittel- und osteuropäische Länder; Stabilitätspakt für Wirtschafts- und Währungsunion;
Agenda 2000 zur Finanzierung der Agrarpolitik; weiterer Ausbau der Rechte des EP
- **2000 Vertrag von Nizza** (2003) in Kraft: Beschlussfassung der EU im Rahmen der Erweiterung, u. a. je ein EU-Mitgliedstaat benennt ein EU-Kommissionsmitglied, Verteilung der Sitze im EP; Charta der Grundrechte der EU
- 2002 Einführung des Euro in 12 der 15 EU-Länder (Euro-Zone)
- 2004 EU-Beitritt von 10 weiteren Staaten zur EU der 25: Malta, Zypern (griechischer Teil), 8 mittel- u. osteuropäische Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien)
- 2007 EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens
- **2009 Vertrag von Lissabon:** u. a. Grundrechte Bestandteil der Verträge, Stärkung des EP, u.a. Spitzenkandidaten der Parteien für EU-Kommissionspräsidenten-Wahl
- 2013 Kroatien 28. EU-Mitglied; Ukraine Aufnahme in die EU angeboten

Fach POLITIK	<u>Zugangsprüfung für beruflich Qualifizierte</u>	12. Juni 2014
-----------------	---	------------------

Aufgabe 2:

- a) Fassen Sie den folgenden Text in seinen wichtigsten Punkten zusammen, und erläutern Sie zentrale Aussagen! **7 Punkte**

Zusammenfassung

- Autor, Quelle, Datum, Inhaltssatz
- Politiker (u.a. Industriekommissar Verheugen) alarmiert über europaweiten Negativrekord mit ca. 43% Wahlbeteiligung bei Europawahl am 7.6.2009, deshalb Reformforderungen:
- Personalisierung der Wahlen durch Wahl der EU-Kommission aus den Abgeordneten der EP oder europaweiter Spitzenkandidat der Parteien für das Amt des Kommissionspräsidenten, was allerdings Machtverzicht der nationalen Regierungen bedeutet

Wahlen zum Europäischen Parlament (Z. 1-5)

- Direktwahlen nach Verhältniswahlsystem auf der Grundlage von Listen alle 5 Jahre

Aufgaben des Europäischen Parlaments (Z. 7-11)

- Einbindung des EP in die Entscheidungen der Europäischen Kommission und des EU-Rates (EU-Rechtsvorschriften, Genehmigung des Haushaltsplanes)

Rolle der EU-Kommission (Z. 7, Z. 9-11)

- Umsetzung der Beschlüsse des Rates und des EP (Exekutive)
- „**Amt des Kommissionspräsidenten**“ (Z. 14, Z. 17-18) = EU-Ratspräsident
- „Gesicht und Stimme“ der EU für 2 ½ Jahre als Leiter des EU-Rates (z. Zt. van Rompuy); EU-Kommissionspräsident für 5 Jahre (z.Zt. Barroso) aus Spitzenkandidaten der Parteien

- b) Erörtern Sie, ausgehend vom vorliegenden Zeitungsbericht, kritisch fünf Möglichkeiten oder Grenzen der Gestaltung von Europapolitik durch das Europäische Parlament! **5 Punkte**

Möglichkeiten:

- EP in seinen Aufgaben deutlich gestärkt durch Gleichstellung von Rat und EP bei Gesetzgebung, auch völkerrechtliche Verträge (Beitritts- und Assoziierungsbeschlüsse)
- Einfluss auf Besetzung der EU-Kommissionsmitglieder („Kommissare“) durch Zustimmung bzw. Ablehnung des Kommissionspräsidenten und seiner vorgeschlagenen Kandidaten
- Wahl des EU-Kommissionspräsidenten durch EP aus den Spitzenkandidaten der Parteien
- Demokratische Kontrolle der EU-Kommission und auch des EU-Rates durch Anfragen oder Ablehnung von EU-Rechtsvorschriften (europäische „Gesetze“), vor allem Wahrung der Grundrechte der europäischen Bürger (Beispiel „Swift-Abkommen“)
- Haushaltsrecht (Budgetrecht): gemeinsame jährliche Verabschiedung durch EP und Rat

Grenzen:

- Entscheidungskompetenzen liegen beim EU-RAT (Europäischer Rat und Ministerrat), d.h. vor allem bei den nationalen Regierungen, die sich vierteljährlich treffen („Gipfel“)
- Entscheidungskompetenzen des demokratisch gewählten EP nicht für „Ratspräsidenten“ und „EU-Kommissare“ (nationale Regierungen) und EU-Kommissionsressorts (Präsident)
- Problematik der Konkurrenz zu nationalen Parlamenten („Entparlamentarisierung“ bzw. „Reparlamentarisierung“)
- beschränkte Rechte aufgrund des Status der EU als „Staatenverbund“, jedoch auf dem Wege zum „Europäischen Integrationsverbund“: kein Recht einer Volksvertretung im parlamentarischen System, die Regierung zu bestimmen

Auch andere Begründungen sind möglich! Insgesamt: 20 Punkte